

Ludwig Rosenberg

Chance für Europa?

Seit der Konferenz in Den Haag haben die Menschen in den freien Staaten Europas neue Hoffnung. Dort hat die seit langen Jahren bestehende Stagnation offensichtlich einer Haltung Platz gemacht, die die berechtigte Hoffnung in sich trägt, daß es mit der Integration wieder vorangeht. *De Gaulle's* unheilvolle nationalistische und unrealistische Politik wurde abgelöst von einem Verhalten, das mit Vorsicht und allen Hemmungen doch Aussicht auf eine positive Einstellung der Beteiligten im Sinne einer Festigung, eines Fortschritts und einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften erkennen läßt. — So jedenfalls ist mit allen Vorbehalten die Situation zu beurteilen, die sich heute dem Beobachter bietet, Monate nach der Konferenz in Den Haag und mit dem gebotenen Abstand von Emotionen, die sich vielleicht zunächst an diese Konferenz anschlossen.

Die jüngsten Meinungsbefragungen, die mit großem Aufwand von den führenden Presseorganen in den sechs Ländern durchgeführt wurden, haben noch eine weitere Überraschung gebracht. Sie haben eindeutig und unmißverständlich bewiesen, daß alle Rückschläge und alle Stagnationserscheinungen der Vergangenheit in den sechs Ländern der Gemeinschaft den Willen der Menschen nicht geschwächt haben, diese Integration wirtschaftlich und politisch voranzutreiben und zu einer Konstruktion zu führen, die in einer wirklichen wirtschaftlichen und politischen Einheit ihren Abschluß finden soll. Die einheitlich positive Beantwortung der Fragen nach voller wirtschaftlicher Vereinigung, nach politischen Rechten eines direkt gewählten Europäischen Parlaments, nach politischer Einigung, die über Zusammenarbeit und

Koordinierung zur politischen Einheit führt — ist zu offensichtlich, als daß man daran glauben könnte, daß die Völker der sechs Länder der Gemeinschaft den Willen zur Vollendung des begonnenen Weges aufgegeben haben könnten.

Ebenso einheitlich kommt der Wunsch zum Ausdruck, die Gemeinschaft der Sechs durch die Hereinnahme jener demokratischen Länder zu erweitern, die bereit sind, die Grundregeln wirtschaftspolitischer und politischer Gemeinschaft zu akzeptieren.

Das ist ein großartiges Ergebnis, das um so erstaunlicher ist, als man mit Recht annehmen konnte, daß der Glaube in die Zielsetzung einer wahrhaften Integration durch die Ereignisse der letzten Jahre entscheidend geschwächt worden sein müßte. Denn die unendlich ärgerlichen Zänkereien über Tausende von Details, von denen der Bürger nichts oder nur wenig verstand, konnten — unabhängig von der De Gaulle'schen Sabotage jeglichen Fortschritts — nicht dazu beigetragen haben, in die Versuche einer fortschreitenden Integration Vertrauen zu wecken.

Wenn also trotzdem die überwiegende Mehrheit der Menschen weiterhin ihren Willen und ihre Zustimmung zum Fortgang der Integrationsbemühungen ausdrückt — wenn sie sogar unwillig ein schnelleres Tempo verlangt, ist das ein mehr als ermutigendes Ergebnis.

Es zeigt sich hier in recht eindrucksvoller Weise, daß die Menschen offenbar viel nüchterner als ihre Regierungen den Trend der Zeit erkennen, die Notwendigkeiten einsehen und viel klarer als Parlamente und sogenannte Staatsmänner den Unsinn der Kleinstaaterei und den Anachronismus einer Souveränität begriffen haben, die immer dann versagen muß, wenn es darauf ankommt, sie wirkungsvoll zu betätigen. Während Regierungen noch in Vorstellungen des 18. und 19. Jahrhunderts befangen zu sein scheinen, sind ganz offensichtlich die Bürger, die sie angeblich vertreten wollen, längst über solche Vorstellungen hinaus. Sie haben erkannt, daß ihre nationale Zukunft einzig und allein in übernationalem Zusammenschluß liegt und daß die Abgabe der Souveränität an solche übernationale Zusammenschlüsse ihren wirtschaftlichen Fortschritt, ihre nationale Sicherheit und ihre kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung weit besser garantieren als die gegenwärtig angeblich vorhandene Unabhängigkeit.

Das alles ist nicht neu. Es wurde nach 1945 mehr als genug in Erklärungen und offiziellen Reden gesagt und gefordert. Es wurde sogar mit einem gewissen Elan von Regierenden und Regierten vertreten und es wurde auf diesem Wege manches Wichtige und Entscheidende erreicht. Aber dann kam die große Stagnation, die mit einem romantischen Wiederaufleben eines reichlich verspäteten Nationalismus begann und nicht nur in einem Lande sondern bald genug auch in anderen Ländern Anhänger fand.

Die Nationalisten innerhalb der Gemeinschaften warfen sich gegenseitig die Bälle zu und begründeten ihre anachronistische Haltung — wie seit jeher — mit der entsprechenden ihrer Brüder in den anderen Ländern. Alle gemeinsam trugen dazu bei, daß der ursprüngliche Elan verlorenging und sich aus dem Versuch, komplizierte Einzelfragen zu regeln, die Möglichkeit ergab, nahezu immer unüberwindlichere Hindernisse aufzubauen und fast jeden Fortschritt unmöglich zu machen.

Der Satz, daß „der Teufel im Detail steckt“, wurde nahezu dazu umgemünzt, daß es doch mit dem Teufel zugehen müßte, wenn man es durch die Konzentration auf Schwierigkeiten im Detail nicht fertig bringen könnte, das Ziel und seine Verwirklichung unmöglich zu machen. Weil man das Ziel nicht wollte, wurden die Details ein geeignetes Instrument, es zu sabotieren.

Und so stellte sich dem europäischen Bürger der sechs Länder — und nicht nur ihm — die europäische Integration als eine Unternehmung dar, in der es um Gemüseproduzenten, Tomatenpreise, Butterberge, und eine Fülle von Industrieprodukten geht und sonst um nichts: Ein europäischer Industrie-Supermarkt und ein Naturschutzgebiet für Landwirte.

Nicht daß diese Fragen unwichtig seien; natürlich spielen sie eine bedeutende und oft genug entscheidende Rolle. Aber es war doch nicht ohne Reiz zu beobachten, daß Fragen der Sozialpolitik, der Regelung sozialer Aufgaben und Probleme in diesen Auseinandersetzungen wenn überhaupt dann nur am Rande eine Rolle spielten und offenbar die Frage der Einfuhr von Orangen als entscheidender für das Wohl der Menschen in der Gemeinschaft angesehen wurde als die Harmonisierung ihrer sozialen Sicherung.

Von gesellschaftspolitischen Vorstellungen war überhaupt nicht die Rede. Das war ja auch im Vertrag nicht vorgesehen, und wenn es überhaupt eine gesellschaftspolitische Vorstellung gab, so nur die, daß die europäischen Gemeinschaften auf freiheitlich demokratischer Grundlage zu begründen seien.

Was aber, so darf man mit Fug und Recht fragen, ist der Sinn einer solchen Gemeinschaft, wenn nicht der, unsere gemeinsamen Vorstellungen von persönlicher und kollektiver Freiheit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit durch solchen Zusammenschluß zu sichern, zu fördern und zu entwickeln. Wenn die europäische Integration nichts als ein überdimensionaler Zusammenschluß von Wirtschaftseinheiten ist, also nichts als die Summe gewiß eindrucksvoller Wirtschaftskraft — dann kann und wird das niemals eine in die Zukunft weisende Alternative zu anderen Wirtschaftsblöcken darstellen, die auf Grund ihrer gesellschaftspolitischen Dynamik weitgesteckte Ziele verfolgen. Dann wird diese Gemeinschaft eine Gemeinschaft derer sein, die in der Beharrung auf Bestehendem eine Antwort auf die Herausforderung der Zukunft suchen und nicht begreifen wollen, daß die eigentliche Auseinandersetzung der kommenden Jahrzehnte eine gesellschaftspolitische und nicht ausschließlich eine wirtschaftlich-technologische ist.

In einem Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung im März 1970 sagte Frau Staatssekretär Dr. *Katharina Focke*: Das neue Europa bedarf einer neuen Gesellschaft. Dieser Satz gibt klar und eindeutig die eigentliche Aufgabe der europäischen Integration, wenn sie eben mehr sein soll als die Addition von Wirtschaftspotentialen. Und sie muß mehr sein, wenn sie einen Sinn haben und wenn sie Bestand haben soll.

Das fühlen die Bürger der Länder der Gemeinschaft, wenn sie dieser Gemeinschaft ein direkt gewähltes Parlament geben wollen, wenn sie von diesem Parlament politische Entscheidungen für die Gemeinschaft erwarten, wenn sie über eine koordinierte Politik auf allen entscheidenden Gebieten nicht nur wirtschaftliche Sicherheit, sondern auch gesellschaftlichen Fortschritt erwarten und wenn sie der Sozialpolitik und der weiteren Gesellschaftspolitik einen vorrangigen Platz in dieser Gemeinschaft einräumen. Das erwarten sie, wenn sie wirklich demokratische Staatswesen in die Gemeinschaft aufzunehmen wünschen und Diktaturen — ganz gleich welcher Art — als Partner ablehnen.

Diese Menschen haben den Willen, eine Gemeinschaft freier Menschen zu schaffen und eine Möglichkeit zu nutzen, durch wirtschaftliche Kombination der Kräfte aller und durch sinnvolle Nutzung aller Potenzen — materiell und geistig — die Basis zu schaffen für eine evolutionäre Wandlung unserer Gesellschaft zu größerer Freiheit, größerer Sicherheit, größerer sozialer Gerechtigkeit und unantastbarer Rechtsstaatlichkeit.

Diese Hoffnung und dieser Wille sind die Erklärung dafür, daß trotz der Jahre der Enttäuschungen und der endlosen Querelen über Einzelheiten, von denen täglich und in großer Aufmachung die Rede war und ist — die Menschen in den Ländern der Gemeinschaft so positiv auf die Zukunft und den Ausbau der Gemeinschaft reagieren. Das ist auch der Grund, warum sie nach Den Haag und dem Neubeginn einer Ausbauperiode wieder mit erneutem Mut die Versuche der Regierungen, voranzukommen, beobachten.

Noch immer sind die Regierungen offenbar in dem Denken befangen, daß es sinnvoll und populär sei, die angeblich nationalen Interessen überzubetonen und alles mit diesen Maßstäben zu messen. Gegen besseres Wissen und gegen jede wirtschaftliche Vernunft verteidigen sie noch oft genug Positionen, von denen sie ebenso wie die Betroffenen wissen,

daß sie ebenso unrealistisch wie unhaltbar sind. Wo sie mit Mut und Vision vorangehen, sollten sie vom Willen der Mehrheit der Bürger in den Ländern der Gemeinschaft getragen werden. Wo sie sich sträuben, sollten sie von uns getrieben werden. Europa — das freie vereinte Europa — hat nach der Konferenz in Den Haag wieder eine Chance bekommen. Es liegt an uns allen, sie zu nutzen. Die Aufgabe ist zu ernst, als daß man sie nur den Regierungen überlassen sollte.